

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Volkszeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 Pf. ohne Zusatzfragen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postcheckkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die jedesgeplante Zeitung 50 Pf., außerhalb des Kreisgebietes 75 Pf., im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Seite 200 Pf. — Geringkund und Reklame 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Schne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 71

Freitag den 25. März 1921

87. Jahrgang

Weihpreisheraufsetzung.

Um eine von den Büdern des Bezirks beantragte Brotpreissteigerung zu vermeiden, hat der Kommunalverband zu keinen Kosten und zu Gunsten der Büder ab 1. April dieses Jahres:

den Preis für Roggengemehl von 210 M. auf 205 M. per 100 kg netto
Streckungsmehl von 214 M. auf 205 M. per 100 kg brutto
für netto ab Mühle oder Lager
nella Kasse ohne Sad

herabgesetzt. Eine Beeinträchtigung des Verdienstes der Büder ist hierdurch nicht ein. Für die am 1. April noch vorhandenen Bestände an Roggen- und Streckungsmehl, die zum bisheutigen Preise erworben worden sind, werden nach erfolgter Prüfung der Bestandsanzeige einheitlich 5 M. pro dz von der Amtshauptmannschaft durch die zuständige Innung als Ausgleich zuwidersetzt werden.

Dippoldiswalde, am 24. 3. 1921.

Die Amtshauptmannschaft.

Anderweitige öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Reichseinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 und zur Abgabe einer Kapitalertragssteuer-Erklärung.

Unter Bezugnahme auf die bereits in den Tageszeitungen erlassene öffentliche Aufforderung vom 24. Februar 1921 sowie auf Grund von § 39 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 359) und der Verordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen über die Abgabe der Steuererklärungen zur Veranlagung der Einkommensteuer vom 1. Februar 1921 wird hierdurch nochmals folgendes angeordnet:

Steuerpflichtige, deren steuerbares Einkommen im Kalenderjahr 1920 oder in dem nach §§ 29, 58 Absatz 1 S. 1 des Einkommensteuergesetzes an Stelle dieses Kalenderjahrs stehenden Wirtschafts (Bezirks-)Jahre den Betrag von 10 000 M. überstiegen hat, haben nach erfolgter öffentlicher Aufforderung

eine Erklärung über ihr steuerbares Einkommen eingereicht.

Zu den Steuererklärungen sind Vorbrude zu verwenden, die bei den Finanzämtern und den Gemeindebehörden (Steuerbehörden) kostenfrei abgegeben werden. Näheres ergibt sich aus den Erläuterungen zur Ausstellung der Einkommensteuererklärung, die ebenfalls bei den Finanzämtern und den Gemeindebehörden kostenfrei zur Ausgabe gelangen. Zustellung durch die Post kann nur erfolgen, wenn dem Antrage ein für Doppelbrief oder Deutscher Feldpost mit Anschrift versicherter Briefumschlag beigelegt ist.

Die zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benennung des hierzu vorgeschriebenen Vorbruds

bis zum 31. März 1921

bei dem unterzeichneten Finanzamt oder der Gemeindebehörde einzureichen. Auf der Erklärung ist die Wohnung vom 15. November 1920 und die Nummer des Steuerbezirks, die vom Finanzamt oder von der Gemeinde zu erahnen ist, genau anzugeben.

II. Wer die Deklarationspflicht verletzt, liegt sich der Verhängung von Strafen und Steuergutachten aus.

II.

Weiter wird auf Grund des § 9 Absatz 2 S. 2 des Kapitalertragssteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 345) und der Verordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen über die Abgabe der Kapitalertragssteuererklärung vom 3. Januar 1921 nochmals folgendes angeordnet:

Wer in der Zeit vom 31. März bis 31. Dezember 1920 jährlich gewordene Kapitalerträge der nachstehenden Art:

Verteiltes und Sachliches.

Als eine Folge der milden Witterung ist es angesehen, daß an einem Birnbaum unseres Grundstücks auf der Schuhstraße bereits die Blütenknospen ausgebrochen sind und in voller Blüte stehen.

Der Feier des ersten Tages entsprechend, trugen am morgenden Karfreitag auch die Stern-Lichtspiele Rechnung, indem sie das Gebensbild „Arme Thra“ mit Walter Neumann und das Drama „Rachtfäulsel“ mit Wiggo Barjen zur Darstellung brachten.

Obercarsdorf. Am 16. März wurde dem ehemaligen Gefreiten Alfred Weile von hier für besondere Treue bei der Fahne die Verdienstmedaille am weissgrünen Bande vom Oberstabsarzt Pirna zugewandt.

Schmiedeberg. Am Palmsonntag vermochte unsere Kirche die überaus zahlreich verankmelierte Gemeinde kaum zu lassen. Durch Herrn Pfarrer Friedrich wurden in feierlicher Weise 39 Konfirmationen eingegangen. Den Gottesdienst verhüllte ein Duett für Sopran und Alt: „Ja, Garre des Herrn.“ Der Konfirmation war einem gefülligen Versammlungsraum im Saal des Schlesischen Rathauses gewidmet. Auch hier hatten sich die Eltern, Verwandten und Freunde der Konfirmanden mit diesen außerordentlich zahlreich eingefunden. Nach langer Begrüßung des Herrn Pfarrer Friedrich folgten abwechselnd Liederabende und Gesänge, für die sich Herr Kantor Große besonders verdient gemacht hatte. Mitglieder des Deutschen Jugendbundes in Dresden lädteten Johann

reicht anmutige Länge vor und zum Schlusse brachten sie ein Märchenpiel „Gewaltter Tod“ in ganz eigenartiger Weise zur Aufführung, das zwar einen ernsten Endpunkt hinterließ, aber in der Aufführung ganz vorzüglich war. Hervorhend ist es uns vergönnt, diese jungen Freunde, denen heilige Familienbereitwilligkeit Aufnahme gewährt hatten, recht bald wieder hier begegnen zu können.

Seifersdorf. Gemäß Verfügung des Abteilungsamtes des 12. A.R. ist dem ehemaligen Sergeant Max Kohl, Kolonialwarenhändler und Stahlbauer, hier, nachträglich die Dienstauszeichnung 3. Klasse für 9-jährige Dienstzeit verliehen worden.

Schandau. Am Sonntag fügte am Rennstall im Schandauer Berggebiet aus etwa 25–30 Meter Höhe ein Mitglied des Dresdner Ritter-Klubs „Totenkopf“ ab und zog sich außer einem Umbrock (richter Blut) schwere Kontusionen am Kopfe zu. Von Seiten der gerade am Rennstall abstellenden Sportkollegen des Wander- und Ritterclubs „Rauschstein“ aus Sebnitz wurde ihm die erste Hilfe geleistet und dann auf schnellstem Wege die Tragbahre vom Restaurant „Kleiner Wallenstein“ geholt, der verletzte Bergsteiger nach dort und später nach Dresden übergeführt.

Riesa. Die am 30. Januar ds. Jrs. vorgenommenen Stadtverordnetenwahlen sind von der Amtshauptmannschaft für ungültig erklärt worden. In der Begründung der Amtshauptmannschaft wird angeführt, daß zahlreiche Wähler erklärt haben, daß sie der Wahl ferngeblieben seien, weil

1. Zinsen von Hypotheken und Grundschulden, Renten von Rentenschulden.
2. Zinsen von Forderungen, die auf Grund einer Vereinbarung entrichtet werden, insbesondere aus Darlehen, Rautonen, Hinterlegungsgeldern, Abredungsgeldern, Kontoforten- und sonstigen Guildaben, Zinsen bei Warensforderungen, gelegentlich Zinsen usw. (ausgenommen Sparassen- und Bankzinsen).
3. vererbliche Rentenbezüge,
4. Diskontbeziehungen von inländischen Wechseln und Unweisen, einschließlich des Schatzwechsels,
5. ausländische Kapitalerträge aller Art, auch aus Wertpapieren bezogen hat, hat eine

Kapitalertragsteuererklärung

abzugeben.

Soweit eine Verpflichtung zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung besteht, ist die Kapitalertragsteuererklärung gleichzeitig mit der Einkommensteuererklärung eingurechnen.

Die Kapitalertragsteuererklärung, zu der Vorbrude von den Finanzämtern oder den Gemeindebehörden kostenfrei zur Ausgabe gelangen, ist ebenfalls

bis zum 31. März 1921

bei dem unterzeichneten Finanzamt oder der Gemeindebehörde (Steuerbehörden) ausgefüllt abzugeben. Näheres ergibt sich aus den dem Vorbrude aufgedruckten Erläuterungen.

Wegen der Verlegung der Deklarationspflicht gilt das oben bezüglich der Einkommenserklärung Gesagte entsprechend.

III.

Haußerdem werden sämtliche Personen,
a) die im Laufe des Jahres 1920 vorläufige Einkommensteuer entrichtet haben,
b) denen im Jahre 1920 Gehalts- oder Lohnbezüge für die Einkommensteuer eingehalten worden sind,
aufgefordert, innerhalb der für die Abgabe der Steuererklärungen vorgeschriebenen Frist dem Finanzamt auf Verlangen über die Entrichtung der vorläufigen Einkommensteuer und die Einbehaltung der Gehalts- und Lohnbezüge Auskunft zu geben. Vorbrude zur Einbehaltung dieser Auskünfte sind von den Finanzämtern oder den Gemeindebehörden (Steuerbehörden) zu beziehen.

Finanzamt Dippoldiswalde und Hohenau. am 24. März 1921.

Auslandszulassung

kann in allen hierigen Geschäftsstellen sofort abgeholt werden. Bezugsberechtigte, die nicht im Besitz von Nährmittelkarten sind, erhalten den Zettel auf besondere Bescheinigung, die im Rathaus, Zimmer Nr. 11, entnommen werden kann.

Der Zettel ist bis spätestens den 15. April ds. Jrs. in den Geschäften abzugeben. Nach dem 15. April erlischt der Anspruch.

Dippoldiswalde, am 23. 3. 1921. —

Der Stadtrat.

Brot- und Milchkarten

werden Sonnabend den 26. ds. Mon. vorm. von 9–11 Uhr im Rathause nur gegen Vorlegung der Brotausweiskarten ausgegeben.

Dippoldiswalde, am 22. März 1921.

Der Stadtrat.

Maul- und Klauenpest.

Unter dem Klauenviehbestande des Wählervolkes Richard Heine, hier, ist die Maul- und Klauenpest ausgebrochen.

Das verachtete Gehöft wird als Sperrgebiet erklärt. Als Beobachtungsgebiet hat der nördlich der Bahnhofstraße, Gartenstraße, Großen Mühlstraße bis zur Einmündung in die Habener Straße liegende Teil der Stadt und als Schutzzone im Sinne des § 168 der Bundesratssatzungen vom 7. 12. 1911 das übrige Stadtgebiet, Überendorf, Verrenth und Waller zu gelten. Zwiderhandlungen werden bestraft.

Dippoldiswalde, den 22. März 1921.

Der Stadtrat.

Maul- und Klauenpest.

durch die verschiedenartige Beschaffenheit der Klumpigkeit (die Linde hatte Papier verwendet, das nicht den Bedürfnissen des Ortsgebiets entsprach) das Maulgeheimnis nicht geschützt worden ist. Rat und Stadtverordnete haben infolgedessen beschlossen, bei der neuen Wahl umschläge verwenden zu lassen.

Ödönitz. In einer der letzten Nächte wurde ein Einbruch in die Polizeikammer am unteren Bahnhof verübt. Der Bahnwärter übernahm den Dieb, der flüchtete und unerkannt entfloß. Auf der Flucht verlor er seine Taschenuhr, was ihm zum Verhängnis wurde. An der Hand der Uhr wurden der Dieb und noch ein Beteiligter von der Polizei ermittelt und festgenommen. Es sind zwei verheiratete Fabrikarbeiter aus Überode. Sie wurden einer größeren Anzahl weiterer Diebstähle überführt.

Göda. Der unabdingbare Landtagsabgeordnete Menz, der, wie länglich verlautete, zum Amtshauptmann von Marienberg ernannt werden soll, wird, wie zuverlässig verlautet, Amtshauptmann in Göda, an Stelle des Amtshauptmanns Dr. Uebig.

Großhartmann. Ermordet aufgefunden wurde in seinem Bett auf dem liegenden Rittergut der Oberlößnitzer Großhartmann. Als Täter ist der 20 Jahre alte Unterlößnitzer auf dem Rittergut ermittelt worden. Er hat die Tat begangen, um die Sparsamkeits des Oberlößnitzers, gegen 1500 M. an ihn zu bringen.

Die Bekämpfung der Anarchie.

Der Streit in Mitteldeutschland.

Auf Anordnung des Oberpräsidenten Hörsing sind ausreichende Polizeiaufstellungen in das mitteldeutsche Industriegebiet erlaubt worden, um der Anarchie, die sich seit längerer Zeit in größerem Umfang dort bemerkbar gemacht hat, entgegenzutreten.

Werkleitungen der großen Betriebe im Bezirk Merseburg beschwerten sich darüber, daß sie seit langer Zeit in solchen Umjahren bestohlen worden sind, daß der Schaden sich auf mehrere Millionen beziffert. Die Betriebe durften es kaum noch wagen, eine Kontrolle der verdächtigen Personen durch die Tochter vorzunehmen. In vielen Fällen wurde die Kontrolle mit schweren Misshandlungen beantwortet. Die Anordnungen der Betriebsleitung blieben unausgeführt; die Behörden konnten gegen den Terror nichts ausrichten. Schon vor einiger Zeit haben die Behörden um polizeiliche Hilfe erucht, die ihnen aus den verschiedensten Gründen veragt werden mußte.

Nachdem diese Hindernisse jetzt beseitigt sind, ist dem Oberpräsidenten Hörsing die Zusticherung gegeben worden, daß ihm die einzigen Polizeikräfte zur Verfügung gestellt werden sollen, die er für erforderlich hält, um den kommunistischen Unruhen entgegenzutreten. Es handelt sich lediglich um eine Polizeiaktion zur Herstellung ordnender Zustände.

Die Polizeibehörden sind angewiesen worden, jede Provokation zu vermeiden. Es ist aber kein Zweifel darüber gelassen worden, daß mit der größten Entschiedenheit gegen die Räuber und Threiter vorgegangen werden wird. Auch gegen diesen, die diesen Elementen mit ungefährlichen Mitteln Schutz gewahren sollten.

Bei Eröffnung des Provinziallandtages in Merseburg versicherte Oberpräsident Hörsing, daß die Staatsregierung ihre Sicherheitsmaßnahmen im mitteldeutschen Industriegebiet auf jeden Fall durchführen und feststellen werde. Es soll damit keine Partei geschaffen werden, sondern nur die Elemente, die sich außerhalb des Gesetzes gestellt haben.

Die Streiks im Industriebezirk.

Die Polizeikontrolle in Mitteldeutschland ist von den linken Radikalen Elementen mit der Drohung eines Generalstreiks beantwortet worden, der auch schon teilweise eingezogen hat. Die zuständigen Stellen sind der Überzeugung, daß dieser Generalstreik in verhältnismäßig kurzer Zeit zusammenbrechen wird.

Die kommunistische "Mannfeldsche Polizeiaktion" ist beschlagnahmt worden, weil sie zu Gewalttätigkeiten provoziert hatte. Trotz aller Anstrengungen der Kommunisten ist die Streikbewegung in der Arbeiterschaft sehr gering. Mit besonderem Elfer wird auch für einen Landarbeiterstreik geworbt. Bei den Deunaarbeiten ist die Lage noch ungeläufig; die Belegschaften haben vor dem Betriebstag, der zur Vernunft mahnte und von einem Streik abriet, abgesetzt und an seine Stelle einen eingeschworenen Aktionskomitee ernannt. Über auch hier ist unverkennbar, daß trotz aller starken Worte bei dem größten Teil der Belegschaften keine Neigung zu einem ersten Kampf besteht.

Der Kommunismus hört im Mansfeldischen?

Das "Eislebener Tageblatt" berichtet, daß in der Nacht auf Mittwoch mit Zwischenpausen Geschosse und auch Handgranatendetonationen in den Straßen erhöhten. Die Streikenden sprengten drei Weichen der Bergwerksbahn der Mansfelder Aufbereiter bauenden Gewerkschaft in die Luft. Die Arbeitswilligen werden auf den Schächten durch die Streikenden mit Wasserengang vom Arbeiten abgehalten.

Die Stimmung ist dadurch verschärft, daß in einer kommunistischen Versammlung ein Redner sich als der berüchtigte Hölz aus dem Vogtlande vorstellt, der die Führung des Streiks übernommen habe. Diese Angabe scheint aber nicht wahr zu sein.

Mußtum der Stadtverordnetenversammlung in Sangerhausen.

Die preußische Staatsregierung hat beschlossen, die Stadtverwaltung in Sangerhausen aufzulösen und dem Bezirksausschuß den Auftrag erteilt, wegen der Steuererhebung die nötigen Maßnahmen zu treffen. In Sangerhausen haben die Kommunisten die Mehrheit; sie haben aber, ebenso wie in dem Städtchen Überherrn, die notwendigen Steuerumlagen zur Aufführung des Haushaltspolitik abgelehnt. Die Stadt hat eine Steuerlast von 815 000 Mark zu decken. Um dem Bezirksausschuß die geheimhörige Handhabe zu geben, seltersam die Steuerumlage bestimmung zu können, mußte die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen.

Attentat auf Attentat.

Ein neues Eisenbahnattentat bei Halle.

Im Zusammenhang mit der Streikbewegung im mitteldeutschen Industriegebiet steht offenbar ein verbrecherlicher Anschlag — ähnlich dem illegalen Attentat durch Förderung der KPD — verübt. Am Dienstagabend wieder in nächster Nähe von Halle begangen worden ist. Zwischen Döbeln und Groebens hatten Verbrecher die Eisenbahnläden gelöst. Als der Zug 151 Halle-Leipzig um 10 Uhr 45 Minuten die betreffende Stelle erreichte, entgleisten infolgedessen drei Personenzüge, der Postwagen und die Maschine. Ein Postbeamter, der Lokomotivführer und zwei Wessende wurden verletzt.

Die rasche Auseinandersetzung der Attentate auf die Eisenbahn und öffentlichen Gebäude läßt auf einen systematischen Verbündetenplan schließen, dessen Ausführung so rasch wie möglich unabschätzbar gemacht werden müssen. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung bzw. die deutsche Staatsregierung dem verbrecherischen Treiben dieser Elemente, das von allen Kreisen der Bevölkerung einschließlich der Arbeiterschaft, auf höchste Verurteilung steht, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegentreten wird.

Kommunistische Hölz in Hamburg.

Die aufgehende Tätigkeit der Kommunisten wird auch in Hamburg mit aller Macht betrieben und soll ihre Entladung am Donnerstag in umfangreichen Demonstrationen finden, wozu auch die Gewerkschaften auf-

gesordert sind. Die "Hannoversche Pressezeitung", welche die Arbeiterschaft aufgefordert hatte, in den Generalstreik zu treten und sich mit Waffen zu versetzen, ist von der Polizei verboten worden. Nach einer großen Demonstration wird geplant, nach der Werft von Blohm und Voss zu marschieren und dort die Einstellung der Arbeit zu fordern, andernfalls die Werke besetzt werden. Die Massen werden aufgefordert, sich nicht von den Polizisten entwaffnen zu lassen, sondern selbst zu Angriffen überzugehen. Die Parteidirektionen der Mehrheitssozialisten warnen die Arbeiterschaft vor einer Verstüppung an der Demonstration. Seitens der Sicherheitspolizei sind umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen, die erwarten lassen, daß man der Umtriebe bald Herr werden wird.

Londoner Nachklänge.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gegen die Zwangsmassnahmen.

In Amsterdam hat in einer zweitägigen Konferenz der Internationale Gewerkschaftsbund gegen die Zwangsmassnahmen.

Der Vertreter des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes Graumann-Berlin und Hue-Essen berichteten, daß die deutsche Arbeiterschaft einmütig sei in der Ablehnung unerfüllbarer Forderungen der Entente-Regierungen. Sie berief sich auf die zwischen den deutschen und französischen Bauarbeiterorganisationen in Genf eingegangenen Verständigung über den Wiederaufbau Nordfrankreichs und sagten, es könne erwartet werden, daß die beteiligten Regierungen die praktischen Vorschläge der Arbeiter beachten. Durch Gewaltmaßnahmen würde der Wiederaufbau nicht gefordert, sondern gestoppt. Im Interesse der schwerelastigen Völker liege es, daß es recht bald zwischen den Entente-Regierungen und Deutschland zu einer neuen Leistungswirtschaftsvereinigung entspregenden Verständigung kommen möge.

Bei dieser Aussicht gelangte auch die Konferenz und in einer Entschließung wurde betont, daß der Wiederaufbau der verlustreichen Gebiete ein unabdingbares Erfordernis für das ökonomische Gleichgewicht Europas und für die Wiederherstellung des wahren Friedens darstelle, daß dieser Wiederaufbau aber nur durch ein Zusammenspiel der Arbeiter aller in Betracht kommenden Länder vorgenommen werden könnte. Der Internationale Gewerkschaftsbund wendet sich gegen die Zwangsmassnahmen, die den Haß unter den Völkern aus neue entfachen und das Band Europa in neue Abneuer verwickeln. Er bestätigt, daß das Genfer Abkommen zwischen den französischen und deutschen Bauarbeiterorganisationen über die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden als Grundlage für die Verständigungskonferenz zu bilden habe und beschließt zur Beratung der Durchführungsmodalitäten die Einberufung einer speziellen Konferenz der Gewerkschaftsvertreter aus den beteiligten Ländern für den 31. März nach Amsterdam.

Weiter schlägt der Internationale Gewerkschaftsbund die Veranlassung einer Enquete vor, wodurch zwischen den verschiedenen Ländern nötigenfalls durch Schiedsspruch eine Übereinstimmung erzielt werden soll, sowohl was die wieder gut zu machen Schäden als auch die Leistungsfähigkeit des Schuldenstaates betrifft. Bis zur endgültigen Regelung soll eine vom leitenden Lande aufzunehmende internationale Anleihe die notwendigen Summen ausbringen, damit die Arbeiter des Wiederaufbaus unverzüglich in Angriff genommen werden können.

Schließlich erklärt der Internationale Gewerkschaftsbund, daß der Weltfriede nicht von einer militärischen Besiegungspolitik abhängig gemacht werden dürfe. Er fordert, daß man auf diese Gewaltmaßnahmen verzichte, daß endlich die internationale Solidarität zum Ausdruck gebracht werde, die allein die Wiedergutmachung ermögliche und die Bürgschaft biete: für den Frieden durch die Arbeit.

Die französischen Kriegsschäden.

Vorläufige Schätzung auf 218,5 Milliarden Papierfranken.

Im französischen Senat wurde der Bericht über den Haushalt für die auswärtigen Angelegenheiten beraten. Dieser Bericht enthält u. a. Angaben über die Schäden, die Frankreich während des Krieges erlitten hat. Nach einer vorläufigen Abschätzung ergibt sich ein Gesamtschaden von 218 Milliarden Papierfranken.

Un erster Stelle mit 80 Milliarden stehen die Schäden, die Privat- und Militärpersonen erlitten haben. Für industrielle Schäden und die Schäden an Gebäuden und Grundstücken werden mit 38,8 bzw. 36,8 Milliarden Franken berechnet. Dann folgen die Schäden an Hausrat mit 29 Milliarden, an unbekanntem Grundbesitz mit 21, Ausschüttungen an Hinterbliebene von Gefallenen mit 18, Geeschäden mit 6 Milliarden Franken. Die Restsumme verteilt sich auf die Schäden an staatlichem Eigentum, an öffentlichen Arbeiten, „andere“ Schäden (1), Pensionen für Opfer der Zwangsbelagerung, Entschädigungen für „Mißhandlungen“ (Deportationen), und ungerechtfertigte Einfriedungen, Schäden im Ausland und in den Kolonien, „andere“ Schäden und schließlich 5 Prozent Zinsen für den Gesamtbetrag vom Abschluß des Waffenstillstandes bis zum 1. Mai 1921.

Bei allen diesen Angaben handelt es sich — wohl — nur um vorläufige Abschätzungen. Wie müssen daher erst die endgültigen Schadensanmeldungen aussehen? —

„Deutschland muß zahlen.“

Die Gesellschaft der Gläubiger Frankreichs hatte dieser Tage eine Sitzung unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Westerwald abgehalten. Es wurde festgelegt, daß die Deutschen während des Krieges in Frankreich durch die Verstüppung der Eisenbahnen, Orte, Räume usw. einen Schaden von sechs Milliarden Goldmark verursacht haben. Die Deutschen

haben 60 000 Weiber Eisenbahnlinien zerstört. Willkür und erklärte wiederum, daß Deutschland alle Schäden bezahlen müsse. Die Verstüppungen sind nicht im Kampf oder infolge der Notwendigkeiten des Krieges angerichtet worden, sondern sind zum größten Teil das systematisch gewollte Ergebnis eines wirtschaftlichen Planes, der dazu bestimmt war, die Konkurrenz von morgen durch Verstüppung der Bahnlinien zu vertreiben.

Um die Goldmilliarde.

Französische Raubabsichten auf die deutsche Goldreserven?

Am 28. März ist der Termin abgelaufen, zu dem die Reparationskommission in einer Note an die deutsche Regierung vom 18. März die Zahlung einer Goldmilliarde in bar gefordert hat, und zwar als Note auf die nach ihrer Meinung „völligständigen“ 12 Milliarden Goldmark zur Tilgung der deutschen Verstüppungen. Wie die „Börs. Blg.“ erfährt, hat die deutsche Regierung in einer Note an die Alliierten diese Zahlung von einer Milliarde Goldmark abgelehnt.

Dem „Petit Parisien“ zufolge hat die Reparationskommission die alliierten Regierungen von dieser „neuen Verstüppung“ Deutschlands in Kenntnis gebracht. Gleichzeitig werden von der französischen Presse bereits neue Zwangsmassnahmen in Vorschlag gebracht, um Deutschland zur Erfüllung der neuen Goldforderung zu zwingen, und zwar hat man es diesmal auf die deutschen Goldreserven abgesehen. Bereits vor einigen Tagen, als die Note der Reparationskommission an Deutschland abging, wurden in der französischen Presse Stimmen laut, man solle sich einfach das Gold beschaffen, das in der deutschen Reichsbank vorhanden wäre. Dieser Gedanke ist von der deutschen Presse als absurd zurückgewiesen worden. Wenn nun von Paris wieder Presstimmen kommen, in denen diese Forderung erneut mit Nachdruck aufgestellt wird, so dürfte klar sein, daß dahinter mehr steckt, als ein Wunsch unmöglichster

Wir müssen jedoch damit rechnen, so erklärt die „Germannia“, daß die französischen Regierungen allen Ernstes daran denkt, von Deutschland die Auslieferung des Goldes der Reichsbank durchzusetzen. Selbstverständlich wird die Reichsbankverwaltung, die nicht nur die Interessen der Reichsbank, sondern auch die des Noteninhaber zu vertreten hat, unter keinen Umständen gutwillig das Gold herausgeben.

Der als Deckung für die ausgegebenen Noten dienende Goldbestand der Reichsbank beträgt gegenwärtig nur 191 494 000 Goldmark. Eine Begradigung dieser Goldbedarf hätte geradezu katastrophale Wirkungen auf den Stand unserer Noten. Die direkte Folge wäre eine recht erhebliche Wertminderung der Noten, und da diese das Hauptziel unserer Zahlungsmittel bilden, eine außerordentliche Entwertung unserer gesamten Währung dem Ausland gegenüber.

Die gewaltsame Wegnahme würde nicht nur mit dem Friedensvertrage in direktem Widerspruch stehen, sondern auch mit der festen Praxis, die während des Krieges von allen Kriegsführenden beobachtet worden ist. Deutschland hat überall, wo es in der Lage gewesen wäre, Bestände der Banque de France zu beschlagnahmen, davon abgesehen und auch die Franzosen haben, als sie Mülhausen besetzten, die zunächst weggenommenen Kassenbestände der Reichsbank alsbald zurückgegeben. Die Kriegsführenden sind bei diesem Verhalten davon ausgegangen, daß es sich bei diesen Geldern nicht um Reichseigentum handelt, sondern um Privatbesitz. Auch während der Besetzungen im Westen sind die Bestände der Reichsbank überall unberührt geblieben. Wenn die Entente jetzt eine gewaltsame Fortnahme des Reichsbankgoldes beschließen sollte, so wäre das ein offensichtlicher Rechtsbruch.

Die Antwort an die Reparationskommission.

Wie die „D. A. Blg.“ erfährt, ist die deutsche Note, die zu der Forderung der Alliierten auf Zahlung einer Milliarde Goldmark bis zum 29. März Stellung nimmt, am Mittwoch in Paris übergeben worden.

Polenterror in Oberschlesien.

Schwere Ausüberschreitungen der Polen bei Kattowitz.

In ihrer Enttäuschung über ihre Niederlage versuchen die Polen, jetzt ihre Forderungen mit Gewalt durchzusetzen. Die Gegend östlich und südlich von Kattowitz, besonders die Ortschaften Janow, Gieschewald, Rauschbach, Rositzin, Schoppin und andere sind von schwerstem polnischen Terror heimgesucht. Mißhandelte und flüchtige Deutsche aus jeder Gegend treffen dauernd in Kattowitz ein.

Die Deutschen hatten bis zur Abstimmung in ihrer Wohnorte ausgehalten, müssen aber jetzt den mit Summknäckeln umherziehenden und prügelnden Polen weichen. Die Abstimmungsbolz ist versagt vollständig. Die Grenze nach Polen ist offen. Die polnischen Banden von Soznowice ziehen herüber und hinüber.

Die Schutzmaßnahmen der interalliierten Besatzungsbehörde sind völlig ungenügend.

In verschiedenen Orten des Kattowitzer Grenzgebietes ist von den polnischen Banden die Republik Polen ausgerufen worden. In Boguszsch und Gieschewald ist auf den Kirchen- und Kathauslinien die polnische Reichsflagge gehisst. Das Dorf wird durch herumziehende Banden bewacht. In Giechowau werden Umgänge mit polnischen Fahnen verbotet. Auch in Myślowitz ist es sehr unruhig. Banden durchziehen die Straßen und bedrohen die deutschen Einwohner. Ein Teil von ihnen ist nach Kattowitz geflüchtet. Sämtliche deutschen Bewohner des Dorfes Wahlsdorf, das in dem letzten Augustaufstand 1920 von den Polen vollkommen niedergebrannt worden war, haben sich in die Stadt geflüchtet und alle ihre Habs im Dorfe zurückgelassen. Die Polen drohten, daß nach-

Kein Dorf abseits in Flammen ausgehen werde. Daraus folgt die Gewerkschaft gefährdet.

Die Eisenbahnen unter militärischen Schutz.

Die Eisenbahner auf den großen Bahnkörpern dieser Gegend fühlen sich so bedroht, daß sie durch eine Abordnung von der Eisenbahndirektion in Katowice militärischen Schutz forderten, sonst seien sie geneigt, zu fliehen und ihren Dienst im Stich zu lassen, so daß ein Verlust der Kohlenzölle, von denen täglich Hunderte aus diesen Orten abgehen, stark in Frage gestellt wäre. Die Eisenbahndirektion hat sich auch sofort an die zuständigen Stellen gewandt. Daraus folgt am Abend eine militärische Abteilung nach den Ostgebieten abgegangen.

Verzweiflungszustand der Gewerkschaften.

Wie der „Borwärts“ aus Gleiwitz erfährt, herrscht in der gesamten deutsch orientierten Arbeiterschaft kaum noch eine übertriebene Erbitterung über die schändlichen Taten der „Sofot- und Mordbuben von der „Bojowa Polka“ in den Orten mit polnischer Mehrheit. Zu hunderten wurden Arbeiter mit dem Gummi knüppel von der Arbstätte vertrieben, schwere Verlebungen sind die Regel. Funktionäre der Gewerkschaften müssen ihre Wohnungen aufgeben und in schiere Gebiete flüchten, um nicht in ihrem Heim überholen zu werden. Die deutschen Gewerkschaften können dieser systematischen Verfolgung nicht länger tatenlos zusehen. Gegenmaßnahmen werden erwogen für den Fall, daß die Antikommunistische Kommission nicht schon in aller Kürze Zeit eingreift.

Politische Rundschau.

Wiederer Vormarsch der Franzosen. Am Montag ist der Bahnhof Osterfeld bei Oberhausen, welcher für die Verbindung zwischen Oberhausen und Essen wichtig ist, durch französische Truppen besetzt worden. — Die Verhaftung des Bürgermeisters und des Polizeipräsidenten in Walsum erfolgte, weil sich im Besitz des Bürgermeisters ein chinesischer Dolch befunden haben soll. Die beiden Herren wurden nach 2½-tägiger Haft wieder entlassen.

Schwere Unruhen bei Blohm und Voss.

Nach den letzten Meldungen sind die Aufzehrungswalze in Mitteldeutschland bereits auf Hamburg übergesprungen. Durch die Kommunistenheze sind am Mittwoch größere Teile der Werftarbeiterchaft zur Arbeitsentziehung gezwungen worden. Dem „Borwärts“ zufolge wurde auf der Werft von Blohm u. Voss mehrmals die rote Fahne gehisst. Jedesmal wurde sie heruntergeholt. Um die Mittagszeit hatte die gesamte Arbeiterschaft den Betrieb verlassen. Auf der Vulkanwerft die Arbeiter im Betrieb geblieben, um den Einzug der Ordnungspolizei zu verhindern.

Schäfergräben am Bahnhof Eisleben.

Zum Eisleber Revier sind im Laufe der Nacht auf Mittwoch die meisten Schäfte völlig zerlegt worden. Polnische Schupolizei und Arbeiter kam es zu einigen Zusammenstößen, bei denen aber, soweit bisher zu übersehen ist, kein Blut geflossen ist. Die Schupolizei ist weiter verstärkt worden. Um Bahnhof wurde, wie dem „Berliner Volksblatt“ aus Eisleben berichtet wird, ein Schüttengraben aufgeworfen und stark mit Maschinengewehren besetzt.

Männerhauptmann Höls taucht wieder auf.

In Wanzleben ist das Drahtseil zum Stollbergwerk von den Ausräubern durchschnitten worden. Die Kassen des Bahnhofpostamtes und der Kleinbahn wurden von 40 bewaffneten Räubern geplündert. Sie hinterließen eine Quittung, die mit Höls unterzeichnet ist. In Mansfeld ist in der Nacht die Schupolizei beschossen worden; ebenso nahmen die Räuber die arbeitswilligen Elemente unter Feuer.

Die „Propaganda der Tat“ im Mansfelder Gebiet.

Wie Oberpräsident Hörsing am Mittwoch im Provinzialtag Sachsen miteilte, sind in Mansfelder Gebiet schwere Plünderungen von Postämtern, Banken und Sparassen verübt worden. Dienstag nach haben ungefähr 50 bewaffnete Banditen das Postamt in Mansfeld überfallen. Weiter sind nach einer Versammlung Polizeibeamte umzingelt, mißhandelt und ausgeplündert worden. Sie sind teils bestellt worden, teils entflohen. Sie haben sich in ihre Kaserne zurückgezogen. In der Nacht wurde eine Patrouille, die diese Kaserne lediglich des Schutzes wegen umging, beschossen. Nachdem sie sich in die Kaserne zurückgezogen hatte, lag die Kaserne selbst zwei Stunden unter schwerem Feuer. Mehrere Minuten letzte förderliches Schnellfeuer ein. In Mansfeld fuhr Mittwoch morgen ein Postauto mit bewaffneten Beuten und einem Maschinengewehr vor die Kreissparkasse vor, überfiel die Kasse und beraubte sie. Es wurden 199 000 Mark geraubt. Ebenso wurde die Spar- und Kreisbank in Mansfeld überfallen und beraubt. Einem unveröffentlichten Gericht zufolge wurde das Mansfelder Gerichtsgebäude geöffnet und die Gefangenen bestellt.

Der Oberpräsident versprach, den Kampf mit diesen Elementen aufzunehmen und alles zu tun, um das Land von ihnen zu reinigen.

Neue Terrorakte in Oberschlesien.

In Rybnik wurde Dienstag abend der deutsche Hauptmann von der Abstimmungspolizei überrascht von den Polen tödlich ermordet. Eine Bande von 30 Mann stürzte das Postamt in Rybnik und anderen Orten ein. Die Streikkontrolleure haben bisher gegen über diesem Treiben keinen Finger gerührt.

Rundschau im Auslande.

Der frühere Kronprinz Danilo von Montenegro hat gegen eine Jahreskapanage von 300 000 Francs, die die südbosnische Regierung schon dem verstorbenen König Nikola angeboten hatte, alle Ansprüche auf den Thron von Montenegro aufgegeben und die Vereinigung von Montenegro mit Südbosnien anerkannt.

Präsident Horing hat den neuwählten Konsort zu

einer Sondertagung zum 11. April einberufen, in der darüber ein Programm zur Regelung aller offenen außenpolitischen Fragen (Friedensschluß mit Deutschland, Verfaßter Vertrag usw.) unterbreiten wird.

Polen: Borwärts reist nach Paris.

Der polnische Abstimmungskommissar in Oberschlesien Borowski ist in Warschau eingetroffen und wird sich in den nächsten Tagen nach Paris begeben. Nach dem „Matin“ hat die polnische Staatsregierung den Obersten Rat erneut Schritte dahin zu unternehmen, daß die Teilung Oberschlesiens erfolgen und daß die Bezirke, die für Polen gestimmt haben, dem polnischen Reiche einverlebt werden. Die französische Regierung habe grundsätzlich beschlossen, den polnischen Antrag zu unterstützen.

England: Lloyd George über Lenau.

Im Unterhaus sprach Lloyd George über den Abschluß des Handelsvertrages mit Russland. Er bestritt zunächst, daß der Handelsvertrag ein Friedensvertrag sei, aber er sei allerdings eine Anerkennung der Räteregierung als tatsächlicher augenblicklicher Regierung des Landes. Denn niemand könne leugnen, daß die Sowjet in Wirklichkeit die Herrschaft ausübt. Das Wichtigste sei, so sagte Lloyd George, daß in Russland selbst ein Wechsel der Dinge zu beobachten sei. Lenau habe eingesungen, daß Russland wieder handeln müsse, und er führt diese Ansicht in die Tat über. Man könne Rotarmisten nicht mit Doktrinen von Karl Marx führen. Lloyd George sagte, er habe nie daran zweifelt, daß Lenin und andere russische Führer fähige Männer seien. Der beste Beweis hierfür würde sein, daß sie ihre Doktrin aufgehen.

Vor drei Monaten noch hatte Lloyd George die Sowjet-führer Banditen genannt, deren Fähigkeiten er heute „nicht beweisen kann will.“ Amerika handelt in dieser Frage viel konsequenter. Der neue amerikanische Handelsminister Hoover erklärte neuerdings, daß die Wiederaufnahme des Handels mit Russland unmöglich sei, solange der Bolschewismus nicht aufgegeben oder gestoppt sei.

Spiken.

Redakteur von Paul Linsen.

(37. Fortsetzung.)

„Wir unterhielten uns gerade von gestern abend,“ erklärte Beher dem Mädchen, das offenbar Mühe hatte sich in der schwierigen Situation zu retten, um ratlos um sich zu sah. „Herr und die Bertha Schmidt haben alles verraten. Sie schleben alles Wildsche in die Schuhe. Ich will dem Wildsche helfen, und die dumme Kerl liegt sich das Buchthaus an den Hals! Rufen Sie näher, Kind, wir wollen hier kein Auge sehen machen. Und Sie, Wildsche, drehen Sie sich einmal herum, nach dem Bildard zu, daß Sie die Rose nicht ansehen können! Und geben Sie keinen Za von sich! Nun wollen wir gleich einmal feststellen ob mich auch die Rose belügt. Rose, sehen Sie mir an. Und hören Sie aufmerksam zu. Ich frage Sie jetzt etwas, — etwas ganz Gleichgültiges, was Sie mir beantworten können. Ich weiß die Wahrheit. Wenn Sie mich belügen, winne ich dem dummen Kerl da am Bildett, den Sie vielleicht heute schon in der Waschstraße gesehen haben — es ist einer meiner Agenten — und lasse Sie ohne Gnade und Erbarmen auf die Stelle und hier vom Flecke weg nach dem Polizeiamt bringen. So, nun wissen Sie Bescheid! Und nun frage ich Sie: wo haben Sie Wildsche in der vergangenen Nacht getroffen?“

Rose zitterte heftig. Sie wußte, was ihr bevor stand, wenn der Kommissar sie einer Falle überführte.

„In der Friedrichstraße,“ sagte sie bebend.

Der Kommissar rückte seinen Kopf langsam dorthin näher und sah sie mit durchdringenden, drohenden Blicken scharf an.

„Das erste Mal,“ setzte sie eingeschüchtert hinzu. „Wildsche, rühren Sie sich nicht!“ gebot Beher mit furchterfülltem Ernst. „Nun, und dann?“ fragte er weiter, während er die zitternde Hand des Mädchens fest umspannte.

„Dann auf dem Wilhelmplatz,“ brachte Rose mühsam hervor.

Beher ließ die Hand des Mädchens los.

„Das wollte ich von Ihnen bestätigt haben. Sie haben nicht gelogen. Auf dem Wilhelmplatz! Nun Wildsche, können Sie sich wieder umdrehen, nur können wir gemeinsam weiter plaudern. Sehen Sie, Wildsche ich will Ihnen einmal eine Lehre geben, später wenn Sie als ordentlicher Mensch mit uns arbeiten wollen. Alle Verbrecher lügen, aber in ihren Lügen ist immer viel Wahrheit enthalten. Als Sie mir vorhin erzählten, daß Sie die Sachen von Hesse auf den Wilhelmplatz einer anderen Person gegeben hätten wußte ich gleich, daß etwas Wahres an der Sache war. Und nun weiß ich auch, was! Sie haben die Sachen, die Ihnen Hesse durchs Kellergeschoß gegeben hatte, der Rose zum Verschaffen gegeben!“

„Was die Rose gesagt hat . . .“

„Halten Sie den Mund!“ herrschte ihn Beher mit zwar leiser, aber eindringlicher Stimme an. „Sie haben nur zu antworten, wenn ich Sie frage! Jetzt reden wir miteinander in einem etwas anderen Tone, Freundchen! Wo sind die Sachen? Antwortet Sie! Nun?“

„Herr Kommissar . . . wenn Sie mir nur glauben wollten . . .“

„Wo sind die Sachen?“ wiederholte Beher mit blühendem Zuge. „Sie schweigen? Gut. Mit Ihnen bin ich fertig. Und nun frage ich Sie, Rose Woodcock, — und ich gebe Ihnen zu bedenken, daß von Ihrer Antwort alles für Sie abhängt. Vorläufig kann ich noch annehmen, daß Sie, ohne zu wissen, was Sie tun, Ihrem Gesicht einen Gefallen erwiesen haben und brauchen noch nicht zum Neukreuzen zu schreiten. Durch Ihre Schweigen würden Sie sich mitschuldig machen, und dann schließe ich die Rechnung mit Ihnen ab. Ich frage Sie nun, Rose Woodcock: wohin haben Sie die Sachen gebracht, die Ihnen Wildsche in der vergangenen Nacht auf dem Wilhelmplatz gegeben hat?“

Roses ängstliche Silbe ruhten auf Wildsche, der zu dumpfem Brüten vor sich hin glotzte.

„Sagen Sie mich an,“ gebot der Kommissar. „Sie verwirren mir die Antwort? Gut!“

Der Kommissar erhob sich und holte aus der Tasche einen schweren Rohrknoten Wildsches.

(Fortsetzung folgt)

Druckfotos für die Industrie drückt Carl Jahre

Letzte Nachrichten.

Polnische Bestialitäten.

Brüthen, 24. März. (U) Um Mittwoch früh wurden in dem Dorfe Ratz bei Brüthen 7 Landsäger von polnischen Nationalisten verfolgt. Vor dem Überfall mußten sie in ein Haus fliehen, in dem sie sich verbargen. Als sie in ihrer Notwehr ihre ganze Munition verschossen hatten, hielten sie ein weißes Tuch und die Polen versprachen ihnen einen freien Abzug. Im Vertrauen auf das gegebene Wort verließen sie das Haus. Die Polen hielten aber ihr Wort nicht, sondern machten vier von den Beamten in bestialischer Weise nieder; die drei übrigen wurden so schwer mishandelt, daß an ihrem Auskommen zweifelt wird.

Höls bei Quedlinburg festgenommen?

Das Eiselen wird als zuverlässig berichtet, daß der Kommunist Höls in der Gegend von Quedlinburg mit zwei Kompanien am 23. März festgenommen worden ist.

90 Milliarden Goldmark von Deutschland

für Pensionen gefordert.

Paris, 23. März. Gestern wurden zum ersten Male Vertreter Deutschlands von der Wiedergutmachungskommission angehört. Die Kommission forderte die deutschen Vertreter auf, ihre Einwendungen bezüglich der Höhe der für die Pensionen zu zahlenden Entschädigungsumme vorzubringen. Alle Alliierten zusammen fordern von der Wiedergutmachungskommission 90 Milliarden Goldmark für Pensionen.

Das Orgesch-Verbot rechtsungültig.

In der Verwaltungsstreitsache des Kaufmanns G. P. im Donabudl gegen die Polizeidirektion in Donabudl wegen Verletzungsfeststellung hat der Donabudler Bezirksausschuß in seiner Sitzung vom 25. Januar für Recht erklari, daß der Erfolg des Ministers des Innern vom 1. November 1922 die Basis war der „Orgesch-Organisation“ nicht zu rechtfertigen vermöge. Die Verfügung der Bellagien die die Auflösung vom 25. November 1920 angeordnet, verlegt nach dem Urteil des Richters in dem durch Artikel 124 der Reichsverfassung gewährleisteten Recht und ist aufzuhören. — In Sachsen, wo man dem Seeringschen Urteil ebenfalls folgte, bat natürlich der Artikel 124 der Reichsverfassung auch Gültigkeit.

Weitere Dynamitattentate in Sachsen.

Ein Bomberattentat auf das Friedberger Landgerichtsgebäude. Ein hochwütiges Verbrechen wurde heute Mittwoch im kleinen Landgerichtsgebäude verübt. Vormittags 10 Uhr 10 Minuten war eine starke Detonation hörbar, und gleich darauf gingen im Flügel des Landgerichts sämtliche Fensterscheiben in Trümmer. Züten wurden eingeschlagen und zerstört. Das Blauerwerk war an verschiedenen Stellen zerstört und eingeschlagen. Zwecklos hat man es mit einer Dynamitanschlag zu tun, der war den drabstichtigen Zwick (Zerstörung des ganzen Landgerichtsgebäudes) verfehlt, jedoch furchtbare Verherrungen anrichtete. Ob Menschenleben zu belegen sind, steht noch nicht fest, da die Aufräumarbeiten der in sich zusammengefallenen Stockwerke noch nicht beendet sind. Mehrere Beamte und 30 Personen, die im Gebäude anwesend waren, haben Verletzungen leichter Art davongetragen. Von den Toten fehlt noch jede Spur. Die Sprengladung war in der Abortanlage des ersten Stockwerkes niedergelegt worden.

Im Zerreiße der Auflösung dieser frevelhaften Tat werden alle Personen, die irgendwelche Angaben sachlicher Art machen können, dringend ersucht, jede Wahrnehmung unverzüglich der nächsten Polizeistelle mitzuteilen.

Attentate gegen die Justizgebäude in Dresden und Leipzig.

Dresden, 23. März. In Baute des heutigen Vormittags sind, wie uns von amtlicher Seite mitgeteilt wird, zwei neue Bombenattentate verübt worden, und zwar gegen das Justizgebäude in Leipzig und gegen das Landgerichtsgebäude am Münchner Platz in Dresden. In letzterem Falle wurde während der Verhandlung in dem Sitzungssaal in der nebenan gelegenen Abortanlage eine Bombe mit Zeitung zur Explosion gebracht, die einige Wände und Decken zum Einsturz brachte. Eine Frau wurde schwer verletzt, eine andere Frau und ein Gerichtsbediensteter leicht verletzt. Einige Verhaftungen sind vorgenommen worden. In Leipzig ist ebenfalls in einem Abortraum im Erdgeschoss eine Dynamitladung zur Explosion gebracht worden, durch die ganz erheblicher Gebäudeschaden angerichtet wurde. Personen sind hier nicht zu Schaden gekommen. Von den Toten ist noch nichts bekannt.

Ministerpräsident Busch über die Attentate.

Berlin, 24. März. Ein Vertreter des „Berliner Tageblatt“ hatte Gelegenheit, mit dem Ministerpräsidenten Busch über die Attentate zu sprechen. Er machte die sehr interessante Mitteilung, daß im Ministerium schon vor einigen Tagen vorlaufige Nachrichten eingelaufen seien, daß mit Gewalttat gerechnet werden müsse. Auf die Frage, ob die öffentliche Regierung die Attentate teilte, daß die Verbrechen auf ein Kommando Polizeis ausgeführt worden seien, antwortete der Ministerpräsident: Wir haben die Aussicht, daß von einer bestimmten Stelle aus Bestrebungen im Gange sind, um die Bevölkerung zu erschüttern. Ob dies auf politische Initiativ oder auf deutsche zurückzuführen ist, läßt sich vorläufig noch nicht mit Sicherheit sagen.

Schiffbrüchige.

Pommern bei Bangen. Durch Einbruch wurden hier 125 Stück Butter gestohlen. Von den Spürhaben fehlt jede Spur.

Abbau. Das Bergarbeiter-Ehepaar in Großhennersdorf, das unter den Trümmern seines eingestürzten Wohnhauses verloren gefunden wurde, ist nach den jüngsten Feststellungen das Opfer eines Verbrechens geworden. Die Schule bestätigt darauf hin, daß die Frau erschlagen, der Mann grausam verprüft wurde. Der Täter hat, um die Spur zu verwischen,

des Hauses angekündigt. Die Ermordeten standen im Alter von 70 Jahren.

Kirchen-Nachrichten.

Montag den 25. März 1921.
Reinhardtsgrima. 9 Uhr Predigtgottesdienst und heilige Abendmahlfeier. (Beichte während des Gottesdienstes.) — 2 Uhr Stundlicher Gottesdienst.

Am beiden Osterfeiertagen Rollette für die Göttliche Haupt-Gottesgesellschaft!

1. Osterfeiertag — Sonntag, den 27. März 1921.

Dippoldiswalde. 6 Uhr Morgenpredigt: Pastor Wohlen. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl in der Kirche: Sup. Michael. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Wohlen. (Chorgesang von Praelius.) 11 Uhr Abendgottesdienst (beide Abteilungen): Sup. Michael.

Hennersdorf. 1/2 9 Uhr Beichte und Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Abendgottesdienst.

Gößnitz. 9 Uhr Beleggottesdienst.

Hohenau. 1/2 9 Uhr Beichte. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

1/2 11 Uhr Abendgottesdienst.

Johnsbach. 9 Uhr Predigtgottesdienst. (Chorgesang an beiden Feiertagen: "Der Friede sei mit euch", zweimittriger Chor von St. Schubert.) 1/2 11 Uhr Abendgottesdienst.

Kreischa. 8 Uhr Beichte und Feier des heiligen Abendmahls.

9 Uhr Predigtgottesdienst. 11 Uhr Abendgottesdienst. 3 Uhr Taufgottesdienst.

Dölitz. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Sturm — Radenau.

Pössnitz. 1/2 9 Uhr Beichte und Abendmahlfeier: Pastor Wohlen. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Radler. 1/2 11 Uhr Abendgottesdienst: Pastor Wohlen. 1 Uhr kirchliche Unterredung mit den Neutonfirmierern: Pfarrer Radler.

Weißstädt. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Reinhardtsgrima. 1/2 9 Uhr Beichte. 9 Uhr Predigtgottesdienst und heiliges Abendmahl.

Ruppendorf. 1/2 9 Uhr Messe Kommunion. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 11 Uhr Abendgottesdienst.

Schleiberg. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Anschl. Abendmahl. (Chorgesang an beiden Feiertagen: "Osterhoffnung" von P. Götz.)

1/2 11 Uhr Abendgottesdienst.

Schellerhau. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Wilsenburg. 1/2 12 Uhr Predigtgottesdienst in der Kapelle.

Schleiberg. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Friedrich.

(Chorgesang an beiden Feiertagen: "Kleine Osterfantale" für vierst. Chor und Orgel von P. Götz.)

Schellerhau. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit anschließender Abendmahlfeier.

2. Osterfeiertag — Montag, den 28. März 1921.

Dippoldiswalde. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Sup. Michael.

(Chorgesang von St. Schubert.)

Hennersdorf. 9 Uhr Beleggottesdienst.

Gößnitz. 9 Uhr Beichte und Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Hohenau. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

1/2 11 Uhr Beichte. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

1/2 12 Uhr Taufgottesdienst.

Weißstädt. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Reinhardtsgrima. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Ruppendorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit anschließender Abendmahlfeier.

Schleiberg. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 2 Uhr Taufgottesdienst.

Schellerhau. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit Abendmahl.

1/2 11 Uhr Abendgottesdienst.

Schleiberg. 9 Uhr Predigtgottesdienst: cand. theol. Götz.

1/2 12 Uhr Taufgottesdienst.

Schellerhau. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Fußball-Sport.

Freitag den 25. März 1921:

EUD. 2. Elf — T. u. SV Reichenbach 1. Elf (2 Uhr).

EUD. 1. Elf — SV Germania Freiberg 1. Elf (1/2 4 Uhr).

EUD. 1. Jg. — T. u. SV Reichenbach 1. Jg. (5 Uhr).

Samtliche Spiele auf heiligem Platz.

Für die zahlreichen Geschenke, Glück- und Segenswünsche zur Konfirmation unsers Sohnes Rudolf sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.

Dippoldiswalde, Palmarum 1921.

Martin Reichel
nebst Frau.

Für die vielen Glück- und Segenswünsche, sowie auch für die zahlreichen tollbaren Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Wally danken wir hierdurch allen herzlichste.

Dippoldiswalde.

Carl Langer und Frau.

Zum Feste empfiehlt
H. Preisselbeer m. Zuder Vfd. 7.— M. geb. Pfauen Vfd. 5.50 M.

Wilsendorf Vfd. 5.50 M.

Bruno Hamann, Altenberger Straße.

Bevor Sie sich eindecken in
Ball-, auch Straßenschuhen,
kommen Sie bitte erst zu mir. Ich bietet Ihnen jetzt in verschiedenen
Sohlenarten und Ausführung bei möglichem Preis und guter Qualität
des Betriebs. — Reparaturen werden prompt ausgeführt.

Oskar Köhler, Reichstädt

Eine hochtragende oder fröhliche, womöglich heitere.

Ziege wird zu kaufen gesucht.
R. H. Höller,
Reinhardtsgrima.

Milch
gegen Milben gibt ab Thiele.



C. R. Richter

Kronenrechtefabrik, G. m. b. H.
Dresden-A., Amalienstr. 17/19
Fernruf 14098.

Große Auswahl in allen Preislagen.
Beim Einkauf erhält d. Ueberbringer dies.
Anz. 5% Rab. u. b. sof. Kasse 5% Skonto extra

Lichtspiele Schmiedeberg-Niederpöbel.

Montag: Große Eröffnungsvorstellung!

Die lebende Toten

Schauspiel in 5 Akten. Hauptrolle Henny Porten.

Furcht

Drama in 3 Akten. Hauptrolle Decart.

Sonntag den 27. und Montag den 28. März

Die rollende Regel

Geschäftsdrama in 5 Akten.

Kohlseels Tochter

mit Henny Porten in der Hauptrolle.

Urtümliches Ende. Keine Streichmäßigkeit des beliebten Hennig-Orchesters.

Um gütigen Zuspruch bittet G. V. Steinert.

Stern-Lichtspiele

Montag 6 und 1/2 9 Uhr

Lotte Reinmann

in dem großen battigen Drama

Arme Thea

Ein fesselndes Lebensbild von erschütternder Tragik.

Biggo Larsen

in dem zaftigen Drama

Nachträtsel

Dieses Werk ist voll passendsten Inhalts und meisterhafter Regie.

Gesamtlängte des Programms 3600 Meter.

Um gütigen Zuspruch bittet Fedor Fischer.

Turnverein Sadisdorf

Montag den 1. Osterfeiertag

großer öffentlicher Theater-Abend

mit darauffolgendem kleinen Tänzchen.

Der Reitertanz steht dem Reiterental zu.

Rassendrillung 1/2 7 Uhr. Anfang 1/2 8 Uhr.

Dazu lobt herzlichst ein der Turnrat.

Schützenhaus.

3. Osterfeiertag

großes Konzert und Ball

der verstärkten Stadtkapelle.

Anfang 1/2 8 Uhr. Gut gewähltes Programm. Eintritt 3,50 M.

Karten im Vorverkauf (3 M.) sind bei Herrn Friseur Rothe zu haben.

Einem zahlreichen Besuch stehen freundlich entgegen

A. Börner und A. Jahn.

Einladung.

Für die geehrten Mitglieder unterzeichnete Genossenschaft werden hierdurch zu der Sonntagsabend am 8. April d. J. nachmittags 1/2 3 Uhr im hiesigen Schützenhaus eingeladen.

XVII. Generalversammlung

ergebenst geladen.

Tagesordnung:

1. Bericht über das Geschäftsjahr 1920.

2. Genehmigung der Jahresrechnung nebst Bilanz und Entlastung des Vorstandes.

3. Bericht des Reingewinnes.

4. Bericht des Revisionsberichts.

5. Wahlen.

6. Verschiedenes.

Anträge, über welche Beschluss gefaßt werden soll, sind bis

31. März an den mitunterzeichneten Vorsteher schriftlich einzureichen.

Jahresrechnung und Bilanz liegen von heute an zur Einsicht der Mitglieder bei dem Kassierer aus.

Hennersdorf, den 24. März 1921.

Jungviehweidegenossenschaft Hennersdorf

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haft. M. Schleinitz.

Paul Kempe.

Frühkartoffel (Maisönigin)

Spätkartoffel (Deodare)

aus Sandgegend

sowie Rot-, Spätgrün-, Schwedenllee und

Ranigrasaaat

so empfiehlt

Bezugsverein Sadisdorf.

Deutsche Kernseife

ff. Qualität, Doppelstiel 3,50 M. n. 13,80 M.

Otto Heller.

einige rehbraune, hornlose

Melzzeigen

sucht zu kaufen

Paul Noß, Limbach, Sa.

Ständen-Salat

empfiehlt Ernst Mende.

1 Zinkbadewanne sowie

eine Webersche

Konzert-Zither

ist preiswert zu verkaufen.

Schleiberg,

Lutherplatz 25.

Transferschleifen

bedeutet schnell die

Buchdruckerei Carl Jahn

in Dippoldiswalde

Wer

hat auf minderjährige Hypotheken

Geld auszuteilen in Höhe von

10—30 000 M.

Adressen erbeten un. "G. R. 10"

mit Angabe des Jahres an die

Beilage zur Beißeritz-Zeitung

Nr. 71

Freitag den 25. März 1921

87. Jahrgang

Zum Karfreitag.

Die Passionszeit hat heuer noch einen ernstesten Charakter gehabt als in den letzten Jahren, und der Karfreitag ist immer der Höhepunkt dieser ernsten Wochen gewesen.

Wieder haben wir als Volkganze schon seit vielen Jahren, seit Beginn des Weltkrieges, Freude und Frohsinn verlernt, und der furchtbare Druck scheint nicht weichen zu wollen. Die Augen pfeilen nicht mehr und das Kriegshandwerk hat sich in Friedensarbeit umgewandelt. Über der Völkerhöh ist geblieben und der Siegestaumel will noch nicht zur Ruhe kommen. Wir können noch heute nicht mit Martin Rindhart singen: „All Höchst hat nun ein Ende!“

Die Not im Innern hat sich unter dem furchtbaren Druck der Besetzung in weiten Teilen unseres Vaterlandes noch gesteigert. Schon heute sinken durch Hunger und Seuchen zahllose Opfer dahin, fast so wie ehemals in den Schlachtrögen. Die Sterblichkeit ist heute in unseren Gemeinden viel schlimmer als während des Krieges. Im sächsischen Erzgebirge hat sich bei einer Statistik herausgestellt, daß kein einziges Kind mehr völlig gesund war. In Hamburg hat man 40 Prozent unterernährte Kinder herausgefunden. In anderen Gegenden mit schwarzen Schornsteinen wird es nicht viel anders sein. Und dabei noch keine Aussicht auf Besserung, kein Weg, zu mehr Brot und Brot zu gelangen. Die Feinde scheinen zu denken, Deutschland darf nicht zur Ruhe kommen, muß sich das lezte Mark aussaugen lassen. Deutschland, das hochmünige Deutschland, der Slave unter den Völkern!

Freilich nicht alle Kreise bei uns feiern unter dem Bludie der Zeit und essen ihr Brot mit Tränen. Sie wollen anscheinend sich noch ausleben. Ein Tapferdmarktschein ist für manche Leute kaum eine Erleichterung. Und die Genussfahrt wirkt anstrengend. Bis in die kleinste Dorfgemeinde hinein reihen die Vergnügungen nicht ab. Gehen wir in unserer Geschichte die Seiten verlorener Krieg durch, so dürfte keinerlei Mensch kaum vorgekommen sein. Die Feinde, die das sehen, sagen natürlich, da kann Deutschland noch viel zählen.

In früheren schweren Zeiten hat man immer innere Einkehr gehalten und sich auf sich selbst besonnen. Da hat man den Tand, die Neuerlichkeiten, den Nervenzreiz, das Vergnügen, die Lustsucht und alles Gepränge gründlich verachtet gelernt. Da ist das Volk enger zusammengezogen und hat den Gegensatz der Klassen überwunden. Wirkliche Führer sind dem Volke entstanden, die es herausgeholt haben aus der Erschlafung und Verwilderung, aus Verfahrenheit und Verzweiflung und ihm die Wege zu ernster Arbeit, festem Gottvertrauen und reiner Menschenliebe gewiesen haben.

Auf diese Weise sind verlorene Kriege schließlich fruchtbare geworden als siegreiche. So haben die Jahre nach 1806 unser Volk entschieden innerlich mehr geschrägt als die nach 1870. Auch heute schauen wir uns nach Führern um, die den Wiederaufbau unseres Volkes sichern. Der Karfreitag erinnert uns an die Kräfte, die im Christentum begründet liegen. Der Opfer Tod Jesu ist heute vorbildlich für alle, die erlösende und befriedende Kräfte im Volke werden wollen. Solche opferfähige Gesinnung brauchen wir heute mehr als je. Wenn wir uns dazu fähig machen, dann kann Deutschland der Berg werden, zu dem noch alle die wallfahrteten werden, die eine bessere Welt herstellen wollen. Auch die Feinde, die heute nur den Stolz und die Grausamkeit der Sieger kennen, werden dann uns noch die Palme reichen müssen. H. K.

Oberschlesien — ein unteilbares Ganze.

Oberschlesiens Entscheidung für Deutschland hat den ganzen deutschen Volke lebhafte Freude und Genugtuung geweckt. An einem deutschen Sieg hat man ja allerdings trotz aller polnischen Einschüchterungsversuche und trotz der offensichtlichen Begünstigung der Polen durch die alliierten Abstimmungsbehörden niemals gezweifelt, doch hatte man mit einem so großen Erfolg, wie er sich aus den jetzt vorliegenden Meldungen ergibt, nicht gerechnet. Die Freude über den deutschen Abstimmungssieg ist daher doppelt so groß, wie haben alle Verantwortung, allen denen, die dabei mitgewirkt haben, dankbar zu sein. Unser Dank gilt vor allem den heimatstreuem Oberschlesiern, die seit Jahresfrist unter dem rücksichtslosen Terror Kosanits und seiner Banden sitzen und trotz alledem sich durch keinerlei Drohung einschüchtern ließen. Dank gebührt auch den zahlreichen Reichsoberschlesiern, die die weiße Reise nicht gescheut haben, um ihre alte Heimat vor den Polen zu schützen. Dadurch, daß sie für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammengehörigkeit Oberschlesiens mit dem Reich einen

Stellen sind, haben sie ihrem Heimatlande, dem ganzen deutschen Volke und schließlich auch ganz Europa einen unerschöpflichen Dienst geleistet.

Die letzte Entscheidung über die Zukunft Oberschlesiens ist freilich durch die Abstimmung noch nicht gefällt. Der Friedensvertrag gibt den Alliierten das Recht, die Entscheidung zu treffen auf Grund des Abstimmungsergebnisses wie der geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes. Unsere Aufgabe ist es jetzt, der Welt zu zeigen, daß Oberschlesien in Wirklichkeit ein unteilbares, einheitliches Wirtschaftsgebiet ist, das weder eine größere Ausbuchung an den Grenzen noch überhaupt eine Teilung verträgt. Die besten Kenner der Verhältnisse haben sich in diesem Sinne ausgesprochen.

Der Versuch einer gewaltsamen oder willkürlichen Teilung würde nicht nur ungerechte Zustände schaffen, sondern die Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten der oberschlesischen Wirtschaftslebens einfach zerstören. Die einzelnen oft in verschiedenen Kreisen liegenden Reviere des oberschlesischen Bergbaus sind nicht allein im Bergbau selbst, sondern durch die Anlagen auf dem Gebiet der Elektrizität, der Wasserversorgung, des Verkehrs usw. so eng miteinander verbunden, daß eine Teilung des Industriegebiets den Ruin der oberschlesischen Industrie zur Folge haben müßte. Die Kohlenläge ziehen sich von einem Kreis in den andern. Ihr Vertrag ist wieder zum Teil bestimmt, große Industriebetriebe in anderen Gegenden Oberschlesiens zu versorgen. So liefert z. B. das Rybniker Grubenrevier bereits einen großen Teil der Kohle, die die Hüttenwerke des Zentralreviers benötigen. Ferner sind die Rybniker Gruben als die Hauptlieferanten des ganzen Eisen- und Zinkgewerbes zu betrachten. Nicht anders steht es mit der elektrischen Versorgung des ganzen Industriegebiets. Die Hochspannungsleitungen der oberschlesischen Elektrizitätswerke versorgen in einer Länge von 600 Kilometer eine Unmenge von Ortschaften und Betrieben in ganz Oberschlesien. Geradezu unheilvolle Folgen müßte schließlich das Auseinanderziehen des Verkehrsnetzes nach sich ziehen. Kein Mensch kann die unausprechlichen Schäden ermessen, die letzten Endes aus einer Teilung Oberschlesiens erwachsen würden.

Das unzweifelhaft deutsche Gesamtergebnis ist und bleibt für uns der Rechtsstiel, das Verbleiben von ganz Oberschlesien bei Deutschland mit aller Entscheidlichkeit zu fordern. Die Polen freilich werden alle Hebel in Bewegung setzen, um wenigstens einen Teil des Abstimmungsgebietes für sich zu retten. Sie sind hier von vornherein ganz zielbewußt vorgegangen. In klarer Erkenntnis, daß sie nur in den ländlichen Kreisen Blei und Zinn, wo sie die Bauern mit der „Aufstellung der Großgrundbesitzer“ zu fördern suchten, überlegene Mehrheiten erzielen könnten, haben sie in den letzten Wochen ihre ganze Agitationsarbeit in dieses Gebiet verlegt, um hier kompakte, stattliche Mehrheiten zu schaffen, und dann die Abtrennung oder besser gesagt die Herausnahme dieser Kreise aus Oberschlesiens und gegebenenfalls ihre Abrundung und Vergrößerung zu fordern.

Doch die Interalliierte Kommission aller Verteilung zum Zug versuchen wird, diesem polnischen Verlangen bei der vorläufigen Grenzziehung Rechnung zu tragen, darüber kann nach den bisherigen trüben Erfahrungen keinerlei Zweifel bestehen. Dagegenüber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß 61 Prozent der oberschlesischen Bevölkerung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes den Anschluß an Polen klar und deutlich abgelehnt haben und daß sie mit vollem Recht eine Grenzziehung fordern können, die allen wirtschaftlichen Gesichtspunkten Rechnung trägt. Diese sprechen aber alle für die Unteilbarkeit des gesamten oberschlesischen Abstimmungsgebietes.

Französische Heze.

Die Pariser Presse für die Aufteilung Oberschlesiens.

Während der deutsche Abstimmungserfolg in England volle Anerkennung findet, ergreift die französische Presse natürlich die Partei der Polen und schaut nicht davor zurück, den Obersten Rat zu einer glatten Rechtsbewegung zu verleiten, indem sie ihn auffordert, das Abstimmungsergebnis zu Gunsten Polens zu „revidieren“.

Im ersten Augenblick war die französische Presse wie vom Schlag betroffen und wollte den deutschen Meldungen über den deutschen Abstimmungserfolg in Oberschlesien keinen Glauben schenken. Ebenso rasch hat sie aber ihre Fassung wieder gewonnen und legte das Abstimmungsergebnis als einen großen polnischen Erfolg aus. Im Grunde hätten die Polen gewonnen, denn die Grubenbezirke im Süden hätten sich für die Alliierten ausgesprochen. Der Friedensvertrag verleiht den Alliierten das Recht, Oberschlesien zu teilen und Polen die Kohlenbezirke zuzusprechen. Im übrigen macht man in Frankreich kein Geheimnis daraus, daß der Sieg Polens vor allem im militärischen Interesse gewünscht wird: Polen muß über das oberschlesische Industriegebiet verfügen, um für den Krieg gerüstet zu sein, und es muß weiterhin die Oder zur strategischen Grenze kommen.

Allgemein erkennt die Presse an, daß eine Aufteilung Oberschlesiens unvermeidlich sein werde, nicht allein wegenVerteilung der Stimmenzahlen, sondern auch wegen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Europas. Die Interalliierte Kommission würde die Aufgabe haben, die Grenzen festzulegen und zu prüfen, ob die neue Grenzlinie sofort zu errichten sei, oder ob dies erst nach einer Reihe von Jahren zu geschehen haben wird, während welcher Oberschlesien unter interalliiertem Kontrolle stehen müsse.

Was unverhofft heißt es im „Journal“, Frankreich werde sich auch darüber freuen, daß Deutschland ein großer Teil seines Reichtums entziehen werde, den es in den Gruben von Oberschlesien hatte und wodurch es auch die Mittel hatte, in Zukunft neuerdings den Weltmarkt zu führen.“ Der „Matin“ findet die deutsche Wehrheit nicht stark genug, um die Besetzung des ganzen Landes an Deutschland zu rechtfertigen. Der Grundtag Deutschlands, daß Oberschlesien ungeküßt bei Deutschland bleiben müsse, sei nicht gerechtfertigt. Der 460 000 Polen könne man nicht der Vorteile beraubten, die ihnen der Friedensvertrag verleiht.

Der neue Heftfeldzug der Pariser Boulevardpresse zeigt mehr als zur Genüge, daß der Kampf um die Zukunft mit der Volksabstimmung noch lange nicht abgeschlossen ist und daß Frankreich aus Sorge um seinen politischen Schuhling selbst vor einer Rechtsbewegung nicht zurückschreitet. Jeder Vorschlag der Interalliierten Kommission, der eine Entscheidung über das Abstimmungsgebiet hinausschieben würde, wäre eine offene Verleugnung des Friedensvertrages, denn im Verfaßter Friedensvertrag ist klar und deutlich festgelegt, daß der Oberste Rat alsbald nach der Abstimmung die endgültige Entscheidung über das Gebiet zu treffen hat und daß alsdann die Internationale Kommission die Verwaltung des Abstimmungsgebietes an die rechtlichen Inhaber zurückgeben müßt. Wenn der Vertrag wirklich Geltung hat — und nach der letzten Rede Briands nach seiner Rückkehr aus London soll jetzt der Vertrag allein für die Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland maßgebend sein —, dann ist eine Verlängerung der Ententeherrschaft im Abstimmungsgebiet oder die Zurückbehaltung Oberschlesiens als Hand zur Schadloshaltung der Alliierten, falls Deutschland auf der Ablehnung der Pariser Forderungen beharren sollte, einfach unmöglich.

Auch eine Teilung Oberschlesiens würde den meisten Bestimmungen des Friedensvertrages widersprechen, die ausdrücklich eine Verstärkung der wirtschaftlichen Bedingungen des Abstimmungsgebietes verlangen. Und diese kann nur zu Gunsten Deutschlands ausfallen. Denn das oberschlesische Land ist mit, Deutschland seit 500 Jahren durch eine politische, kulturelle und wirtschaftliche Gemeinschaft verbunden und würde durch eine Teilung aufs schwerste geschädigt werden.

Polen dagegen ist bisher ohne das oberschlesische Industriegebiet ausgekommen und würde auch bei einer Aufrechterhaltung der alten Grenzen keinerlei wirtschaftlichen Schaden erleiden. Sein Verlangen nach dem reichen Oberschlesien entspringt lediglich dem Bestreben, es als willkommenes Ausbeuteobjekt auszunutzen, um es schließlich demselben Ruin entgegenzuführen, auf dem Kongresspolen dank der Warschauer Wirtschaft bereits angelangt ist.

Wenn es noch unpäpstliche Gerechtigkeit und rechende Vernunft gibt, dann kann und darf der Oberste Rat sich nicht dazu hergeben, das klare Recht in so brutaler Weise zu vergewaltigen, wie es ihm von der französischen Presse und der Warschauer Regierung unterstellt wird. Wenn der Oberste Rat wirklich Verständnis für die Interessen der oberschlesischen Bevölkerung hat, dann kann seine Entscheidung nur dahin ausfallen, daß Oberschlesien ganz und ungeteilt bei Deutschland bleibt.

Polnische Valutahaupe.

Die Kurzverbesserung der polnischen Mark an der Berliner Börse.

Sofort nach Bekanntwerden des ersten oberschlesischen Abstimmungsergebnisses hat an der Berliner Börse eine spekulativen Kurstreiberei in polnischen Noten eingesetzt, die bei außerordentlich hohen Umsätzen täglich an Umfang gewinnt und von denen soeben aus dem Abstimmungsgebiet zurückkehrende Reichsoberoberschlesier als ein geradezu beschämender Skandal empfunden werden müssen.

Während die Warschauer Börse vor kurzem geschlossen wurde, um einen weiteren Kurssturz der polnischen Mark zu verhindern, erleben wir in Berlin das tragische Schauspiel, daß gewisse Börsenspekulanten — ob mit oder ohne Unterstützung ausländischer Interessen, durch ihre Kriegernoten den Wert der polnischen Mark in wenigen Tagen um ein Drittel gesteigert haben. Was dies bei einer Notenzyklus von circa 50 Milliarden polnischer Mark bedeuten will, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Um Deckungen kann es sich heute nicht mehr handeln, und man muß unter diesen Umständen raten, wozu die gewaltigen Anschaffungen polnischer Marknoten dienen sollen.

Nach Ansicht einer Berliner Mittagszeitung ist die Kurzverbesserung der polnischen Mark an der Berliner Börse veranlaßt durch die Menglichkeit der Bauern in den durch die Abstimmungsergebnisse gefährdeten Grenzbezirken Oberschlesiens, ihr Vermögen rechtzeitig zum vollen Kurs in polnische Valuta umzutauschen, um nicht, wenn ihr Gebiet am Ende doch polnisch würde, durch Zwangsaustausch zum Pariser Kurs neun Beinhalt des Geldes einzuhängen. Wie das Blatt weiter mitteilt, spekulieren jetzt eine Anzahl kleiner Geschäftsbankiers, die polnische Valuta in größeren Mengen aus dem Markt nehmen, um sie dann mit Profit an die Bauern weiterzugeben. Durch diese Nachfrage soll letzten Endes die Steigerung der polnischen Mark veranlaßt werden sein.

Wenn es sich augenscheinlich auch nur um eine vorübergehende Verbesserung der polnischen Valuta handelt, so kann doch eine Veränderung deutscher Geldeins zu Gunsten der Valuta der Anhänger Konjunktur

niest sehr genau bewusst werden, wie in höchste Zeit, daß diesem Treiben bewußtlosen Spekulanten den zuständigen Stellen ein Signal vorgegeben wird.

Volkswirtschaftliches.

1) Wochenzehrt des Kreiswirtschaftsraums des Deutschen Landwirtschaftsrates. Für Mais schränkt sich die Leistungsfähigkeit des argentinischen Exports immer mehr ein, so daß diesmal nur noch 60 000 Quartiers verladen wurden, gegen 105 000 in den 8 Tagen vorher. Dafür aber hat sich die Maisausfuhr Nordamerikas beträchtlich gehoben, und zwar auf 361 000 Quartiers gegen 181 000 in der Vorwoche. Von dieser Maisausfuhr der Vereinigten Staaten gehen 150 000 Quartiers direkt nach holländischen Häfen, 84 000 nach Deutschland. Der nach dem europäischen Kontinent schwimmende La Plata-Mais beträgt nicht viel über 100 000 Quartiers.

Wenn demgegenüber und angesichts der nur noch schwachen Ausfuhrleistung Argentiniens an Mais in deutschen laufmännischen Kreisen die Annahme besteht, daß die deutsche Bezugsgemeinschaft auf die Maisbezugsweise nur La Plata-Mais liefern wird, so ist das bei den großen Lieferungsverpflichtungen, um die es sich hierbei handelt, nicht gerade wahrscheinlich. Diese Maisbezugsweise sind in letzter Woche in großem Umfang an den Märkten zum Verkauf gelangt, und ihr Verkaufspreis hat sich für die weißen Scheine, die zur Forderung von Mais berechtigen, am Berliner Markt bis auf circa 40 Mark pro Rentner gebracht, und für die roten Scheine, auf die vorläufig Maisfuttermehl geliefert wird, bis auf rund 20 Mark. Damit stellt sich der Mais für den Käufer der Bezugsscheine, der für die verbilligte Ware nur 80 Mark zu zahlen hat, zusammen auf ca. 100 Mark pro Str.

Aus Stadt und Land.

Wie die "Frankfurter Zeitung" aus Berlin hört, wird die Gefangenbaute der Verordnung über die Beschäftigung ausgeweitet werden.

2) Verschiebung des Zentrumsparteitages. Am 18. März begann in Berlin die Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei. zunächst besetzte man sich mit der Frage des Termins für den zweiten Reichsparteitag, der bekanntlich vom 10. bis 12. April in Berlin stattfinden sollte. Der Reichsausschuss kam jedoch zu der Überzeugung, daß es angesichts der ungünstigen politischen Augenblickslage geboten erschien, die Abhaltung des Reichsparteitages noch hinauszuschieben. Die Festlegung des endgültigen Termins wurde dem Reichsparteivorstand überlassen.

3) Das Wahlergebnis in Mecklenburg. Nach dem endgültigen Wahlergebnis erhielten bei den mecklenburg-schwerinischen Landtagswahlen die Deutschnationale Volkspartei 15 Sitze, die Deutsche Volkspartei 12, der Dorfsozial 4, die Wirtschaftspartei 2, die Deutsch-Demokratische Partei 2, die Sozialdemokraten 28, die Kommunisten 3 Sitze. Die Unabhängigen gingen dabei leer aus.

4) Reichskonferenz der Unabhängigen. Im Reichstag hat am Sonntag die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei begonnen, die bis zum Dienstag dauern wird. Die Reichskonferenz ist von etwa 200 Vertretern besetzt. Die unabhängigen Reichs- und Landtagsabgeordneten sind vollständig zur Stelle. Zu Vorsitzenden wurden die Abgeordneten Crippen und Ledebour gewählt. Ersterer erhielt ein ausführliches Reserat über die politische Lage. Er beschäftigte sich eingehend mit den Forderungen der Entente und besprach die durch das Inkrafttreten der "Sanctionen" geschaffenen neuen Lage. Einen breiten Raum in den Beratungen nahm die Frage ein, wie sich die Unabhängigen zu einer etwaigen Besetzung weiteren deutschen Gebietes stellen sollen.

5) Arbeitswelt zu unrechter Zeit. Wie aus Halle gemeldet wird, bestehen die Arbeiter der Leuna-Werke, etwa 20 000 Mann, darauf, daß am Karfreitag in den Betrieben gearbeitet wird. Da der Karfreitag ein gesetzlicher Feiertag ist, hat die Direktion der Leuna-Werke die Angelegenheit nach Berlin zur Entscheidung gemeldet.

6) Streit in den Berliner Warenhäusern. Die Handelsarbeiter und -Arbeiterinnen in den Waren- und Kaufhäusern sind am Donnerstag wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik getreten. An dem Streik sind etwa 4500 männliche und weibliche Hilfsarbeiter beteiligt. Auch die Nachtmärkte sind mit in den Streik hineinzogen worden.

7) Eine ganze Familie mit Gas vergiftet. In ihrer Wohnung in Nifolassee bei Berlin wurde die Familie des Portiers Eggert, die aus dem Ehepaar und zwei 20- bzw. 22-jährigen Söhnen bestand, tot ausgefundene. Die Wohnung war mit Gas gefüllt. Wie die Ermittlungen der "Boss. Big." aufgezeigt haben, soll der Mann, weil gegen seine Frau eine Anzeige wegen Diebstahls einer Taschplatte erstattet worden war, am Sonntag abend nach dem Schlafengehen seiner Familie sämtliche Gashähne geöffnet.

8) Blutiger Zwischenfall auf einem amerikanischen Dampfer. Seinen Kapitän niedergeschossen hat der zweite Offizier Gowen an Bord des in Bremen im Hafen liegenden amerikanischen Dampfers "Doranoff". Der auf Veranlassung des amerikanischen Konsulats in vorläufiger Haft genommene zweite Offizier gehörte seit neun Monaten zur Besatzung des Dampfers und gibt an, er sei von dem Kapitän stets unfreundlich behandelt worden. So habe ihm jetzt der Kapitän eine Wache übertragen, die dem dritten Offizier zu kam. Darüber habe er den Kapitän an Deck zur Rede gestellt, sei aber in barschem Tone abgewiesen worden. In der Erregung hierüber habe er einen Revolver aus der Tasche gezogen und zwei Schüsse auf den Kapitän abgegeben. Der Kapitän ist darauf schwer verletzt in das Diaconissenhaus geschafft worden und dort gestorben. Der Dampfer liegt noch im Hafen und hat seine Flagge halbmast gefestigt.

9) Schwere Grubenunglücks in Mähren. Auf dem Bergwerk in Dolowan ereignete sich ein großes Grub-

unglück. Durch zwei aufeinanderfolgende Explosionswellen wurden, wie bis jetzt festgestellt, sechs Personen getötet und fünfzig mehr oder minder schwer verletzt. In der Grube sind noch siebzehn Personen eingeschlossen, für deren Rettung man keine Hoffnung hegt.

10) Verheerender Dorfbrand in Niederösterreich. Die Dorfstadt Grafenbach in Niederösterreich ist am letzten Sonntag fast vollständig abgebrannt. Von 62 Häusern, welche der Ort zählt, sind 55 durch die Feuerbrunst völlig zerstört worden. In den Flammen haben 4 Menschen und 200 Stück Vieh den Tod gefunden.

11) Kleine Nachrichten.
Hier maskierte Räuber drangen in das Postamt in Langendorf ein, bedrohten die Beamten mit Revolvern und raubten einen Geldbetrag von 6000 Mark. Die Räuber sind unerkannt entkommen.

Gerichtszaal.

12) Die Nebengesetze amerikanischer Postämtern vor Gericht. Am Montag begann vor der Strafkammer in Mosbach der Prozeß in der Eberbacher Entführungsache. Hauptangeklagte sind die Amerikaner Detektiv Neaf und Sergeant Zimmer, ferner die vier deutschen Helfershelfer, Chaussefe, Heidebrandt, Gustav Steiger, Gottlieb Keim und August Farnbach. Die Anklage gegen Neaf und Zimmer lautet auf Anmaßung der Unrechtsgefahr, gegen Neaf außerdem auf fahrlässige Abverleugnung. Die vier Helfershelfer werden der Hilfe zur Unmaßlung beschuldigt.

Sport und Verkehr.

13) Einigung zwischen Turnen und Sport. Die Streitigkeiten zwischen der Deutschen Turnerschaft und den Sportverbänden sind nunmehr in einer in Berlin stattgefundenen Sitzung der beiderseitigen Vertreter beigelegt worden, wie aus der nachfolgenden amtlichen Bekanntmachung hervorgeht: „In den Besprechungen der Deutschen Turnerschaft mit den drei Sportverbänden am 20. März 1921 wurde eine Einigung erzielt. Die Deutsche Turnerschaft verzichtet auf die Verleihung der Meisterschaften in allen leichtathletischen Übungen, im Schwimmen und im Fußball. Die Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik und der Deutsche Schwimmverband gestehen dagegen den Mitgliedern der Deutschen Turnerschaft die Teilnahme an allen derartigen Meisterschaftsläufen zu, ohne daß diese Mitglieder der Fachverbände sind. Die Deutsche Sportbehörde gestattet ferner ihren Angehörigen die Teilnahme an den Gau-, Bezirks-, Kreis- und Deutschen Turnfesten der Deutschen Turnerschaft sowie bei gewissen gemeinsamen Werbeveranstaltungen, während die Deutsche Turnerschaft das Recht behält, auch bei anderen Anlässen innerhalb ihrer Kreise für ihre Mitglieder, die nicht den Sportverbänden angehören, leichtathletische Veranstaltungen durchzuführen. Der Deutsche Fußball-Bund wird die bestehenden Fußball-Abteilungen der Turnvereine aufnehmen. Die Sportverbände haben die von ihnen bekanntgegebenen Kampfmaßnahmen aufgehoben.“

Großstadtelend.

Die Wohnungs- und Kleidernot in Deutschland.
Die Forderungen unserer Gegner werden immer härter, während die äußeren Lebensbedingungen in Deutschland immer schwieriger werden. Zu den mancherlei Noten der Lebensmittelversorgung kommt wohl überall in Deutschland das zu sammengedrängte Wohnen viel zu vieler Menschen in viel zu kleinen, dumpfen und durchfälteten Räumen, dürftige Kleidung, schmutzige Betten ohne Überzeug, Mangel an Seife und Wäsche. Das führt zu Hauptübeln, Ungeziefer und vermehrter Übertragung ansteckender Krankheiten, vor allem der Tuberkulose. Heute kann man in Berlin die Zahl der Familien, die in Wohnungen mit nur einem helzernen Zimmer leben, auf etwa 150 000 annehmen. In dieser engen, der Lustung schwer zugänglichen, feuchten und mäffigen Wohnung finden die Krankheitsseime naturgemäß den besten Nährboden.

In der 15. Berliner Gemeindeschule wurde folgendes festgestellt: Von 650 Kindern waren 161, die keine Schuhe mehr besaßen; 142 besaßen keinen Mantel; 305 hatten kein Hemd an oder nur elende Lumpen auf dem Leibe; bei 376 gab es zu Hause keinen geheizten Raum; bei 341 kam nie ein Tropfen Milch ins Haus; von 106 waren die Eltern nicht in der Lage, die Lebensmittelrationen zu kaufen; 118 waren tuberkulös; 48 hatten durch die Abmagerung geistig gelitten; 50 wogen bis zu 10 Kilogramm unter dem Durchschnittsgewicht; 85 starben im Laufe des Jahres an den Folgen der Unterernährung. Aus Dessau wird berichtet, daß ein Drittel der Schulkinder kein Hemd auf dem Leibe hatte; die Händen der anderen Kinder waren aus den verschiedensten Stoffresten zusammengesetzt.

Epizentrum.

Roman von Paul Andor.

(36 Fortsetzung.)

„So ein Lump!“ schrie Wildside, während er mit der Faust auf den kleinen Tisch schlug.

Der Kommissar lächelte. Er wußte, daß er ins Schwarze getroffen hatte.

„Weßwegen lassen Sie sich mit solchem Gesindel ein. Nun haben Sie die ganze Pastete am Halse. Sie wissen, wie Sie oben angeschrieben sind! Sie sind schon mehrfach bestraft. Und wenn Hotte bei seinen Aussagen bleibt, läßt er sich womöglich ganz heraus oder kommt wenigstens mit einer leichten Strafe davon. Er ist bisher unbestraft, er hat das Eiserne Kreuz, das wirkt auf die Richter. Und Sie allein werden auszufressen haben, was Hotte und die Bertha Ihnen eingebrodt haben.“

„Nein, Herr Kommissar! Die sollen mich lernen lernen! Und wenn sie mich hereinlegen, sollten Sie auch daran glauben! Das verspreche ich Ihnen!“ „Das wird Ihnen nur nicht viel nützen. Da Sie dabei gewesen sind, werden die Richter immer glauben, daß Sie der Hauptschuldige sind.“

„Und ich weiß gar nichts davon! Hotte hat mir gar nicht gesagt, was er vorhat. Wir kennen uns schon lange, Hotte und ich. Wir sind zusammen in

der Schule gewesen und haben in desselben Klassenzimmer gestanden. Da kam er nun gestern abends hier angesprochen: „Du, Fritz! Du mußt mir einen Gefallen tun, es soll auch beim Schaden nicht sein! Komm zwischen zwölf und eins in die Wilhelmstraße vor unser Haus. Ich will dir etwas geben, durchs Fenster. Das nimmt du und bringst es nach den Wilhelmplatz. Da wartet jemand beim alten Bieten. Dem gibst du es!“ Ich wollte mich zuerst nicht darauf einlassen. Über es hat mich so lange gequält, bis ich's einem alten Freunde zuliebe getan habe. Und das hat man nun von seinem dummen Guttmütigkeit!“

Wildside, was erzählten Sie mir da wieder für Käubergeschichten? Wenn Sie mir so dumme Schnickschnack wie die mit dem großen Unbekannten beim alten Bieten aufbinden wollen, dann glaube ich Ihnen gar nichts mehr!“

Die Tür von der Straße her wurde geöffnet. Beher erkannte mit einem Blick Peterberg und den Agenten. „Und Sie sind nie mit der Bertha zusammengetroffen?“

„Nie!“ „Na, was erzählt uns denn der Mann da für Geschichten?“ rief der Kommissar, auf die Eintretenden weisend, und er erhob die Stimme: „Hier, Herr Peterberg.“ Peterberg drängte sich beim Billard vorüber. Der Agent folgte ihm. Zu diesem sagte Beher: „Bitte! Sie die Wirtin um einen Stuhl für Herrn Peterberg. Wenn wir ein bisschen zusammenreden, haben wir alle Platz! Guten Abend, Herr Peterberg! Darf ich die Herren miteinander bekannt machen: Herr Wildside, Herr Peterberg, Portier im gräßlich Isenischen Palais.“

Peterberg hatte sich gesetzt. Die Einladung des Kommissars zu einem Glase Bier lehnte er ab. Der Agent blieb am Schenktisch stehen.

„Nun, mein lieber Herr Peterberg, was wir hier zusammen abzumachen haben, geht die anderen nichts an.“ begann der Kommissar wieder mit gedämpfter Stimme. „Sehen Sie sich diesen Herrn einmal richtig genau an! Haben Sie den schon einmal gesehen?“

„Sind Sie Ihrer Sache sicher?“

„Ganz sicher!“

„Wissen Sie auch, wie der Herr heißt?“

„Ich habe es eben von Ihnen gehört: Wildside.“

„Wie die Kammerjungfer Bertha?“

„Ja, er sagte, er sei ihr Cousin.“

„So! Und wo war denn das?“

„Bei uns im Palais. Ich habe die Bertha sehr noch rufen lassen.“

„Und wann war es?“

„Ende Juni, Anfang Juli — kurz vor der Weltausstellung.“

„Nun, Wildside! Was haben Sie darauf zu sagen?“

„Der Herr tut sich! Ich war nie im Palais des Großen Palais.“

„Also schön, der Herr tut sich! — Sie erkennen den Mann mit voller Bestimmtheit wieder, Herr Peterberg?“

„Mit vollster Bestimmtheit! Der Herr hinkt. Sie lächelt sich auf ein dikes gelbes Bambusrohr. Ich bin meiner Sache ganz sicher.“

„Wo ist Ihr Stock, Wildside?“

Wildside schwieg. Der Kommissar blickte sich spärlich um. Da stand er im Winkel an der Tür, bei gesuchtem Stock.

„Schenken Sie einmal, Wildside! Auch ein dikes gelbes Bambusrohr! Ist das nicht komisch? — Nun Herr Peterberg, für heute sind wir fertig. Ich dank Ihnen!“

Peterberg erhob sich und war froh, daß er das graue, ständige, überfüllte Lokal so bald wieder verlassen durfte.

„Mit Ihren Lügereien verrennen Sie sich ja immer tiefer in die Sackgasse!“ begann Beher aufs neue. „Und Sie werden erraten, wohin Ihr Weg von hier aus geht.“

Wildside starzte mit düsteren Bildern vor sich hin. Also augenbläßliche Verhaftung ohne Gnade und Erbarmen! Er schwankte einen Augenblick. Würde es ihm nützen, wenn er einen Teil der Wahrheit sagte? Würde dadurch wenigstens die Verhaftung hinausgeschoben werden?

„Herr Kommissar!“ sagte er nach einer Weile. „Ich sehe ein, daß ich eine Dummheit begangen habe. Ich hätte nicht den Vermittler spielen sollen. Über ich kann Ihnen nur wiederholen, daß ich von der Sache nichts gewußt habe. Ich habe Hotte eben nur ein Gesäßigkeit, um die er mich gebeten hatte, erweisen wollen.“

„Nun, Wildside, ein letztes Wort: Was haben Sie mit den Sachen angesangen? Aber lassen Sie mich mit dem Unbekannten beim alten Bieten ungeschoren! Sagen Sie mir die Wahrheit, so gehe ich gegen Sie so schonungslos vor, wie es mein Amt mir erlaubt. Wenn Sie mich aber zu beschwiden versuchen, so können Sie sich selbst sagen, wie dann der Hase lustig kann mögen Sie nur scheinbar Ihr Glas Bier aus trinken und mir folgen, Sie — und die da auch!“ schloß er, auf die eben arglos eintretende Rose Woods weisend.

Wildside erblaßte, als er seine Rose in die Grube des Löwen steigen sah. Er wollte sich erheben.

„Nichts da! Sich bleiben!“ gebot Beher. „Nur keine Bitten machen! Das bitte ich mir aus. Mein ersten Versuch werden Sie孤立ieren.“ Er winkte Rose Woods, die argwöhnisch neben dem Billard stehen geblieben war, heran.

„Seien Sie sich zu uns, Fräulein! Hier ist noch ein Blau frei!“

Rose trat schüchtern heran. Auf Gehiß des Kommissars setzte sie sich auf den Stuhl, den Peterberg verlassen hatte. Der Kommissar saß zwischen den beiden. Sie war fragend Rose auf Wildside, denn dieser auswich; er wußte, daß der Kommissar in seinen Fällen nicht schüchtert.

(Anmerkung folgt)

Spar- und Girokasse Dippoldiswalde.
Geschäftstage: Montags bis Freitags vormittags von 10-11 Uhr, nachmittags von 2-3 Uhr, Sonntags von 10-11 Uhr.